



HOOLIGAN-KONKORDAT

Friedfertige Fans unterstützen

Von zunehmender Gewalt bei gewissen Sportanlässen haben wir genug! In verschiedensten Kantonen hat das Stimmvolk der Änderung des Konkordates bereits klar zugestimmt. Zweck dieses Konkordates ist, dass die Kantone in Zusammenarbeit mit dem Bund zur Verhinderung gewalttätigen Verhaltens vorbeugende polizeiliche Massnahmen treffen. Die präventive Wirkung ist unbestritten, trotzdem müssen immer mehr Polizeikräfte für kritische Spiele aufgebunden werden, weil inmitten friedlicher Fans gewaltbereite Personen Sportanlässe missbrauchen. Beträchtliche Sachschäden und personelle Ressourcen gehen ins Geld. Darum müssen jetzt dringend Anpassungen und Ergänzungen gemacht werden. Diese tragen zur Erhöhung der objektiven Sicherheit bei, indem sie neben der Vermeidung von Sachschäden insbesondere dem Schutz der friedlichen Zuschauer dienen. Das verschärfte Konkordat zielt in erster Linie auf Kantone, in denen Fussball- und Eishockeymannschaften in den obersten Ligen spielen. Spiele der höchsten Klasse werden bewilligungspflichtig. Bewilligungen können mit Auflagen bei der Ausweispflicht, beim Alkoholverkauf, beim kontrollierten Verkauf von Tickets oder bei An- und Rückreise gewisser Fangruppen verbunden werden. Weiter können Rayonverbote und Meldeauflagen angeordnet werden. Bei konkretem Verdacht können Personen nach verbotenen Gegenständen durchsucht werden. All diese Massnahmen verbessern die Sicherheit aller Matchbesucher.



Der Kantonsrat, die SP-Fraktion und die SP-Geschäftsleitung haben die Änderung des Konkordates grossmehrheitlich unterstützt. Einer Minderheit der SP-Fraktion und der Geschäftsleitung gehen die Verschärfungen zu

«Als Familienvater erwarte ich, dass ich einen Match in einer gewaltfreien Umgebung besuchen kann.»

weit. Sie finden diese unverhältnismässig, weil sie mit den Grundrechten unvereinbar seien. Sie sprechen von Kollektivbestrafung. Zum Beispiel würden friedliche Matchbesucher durch Massnahmen wie ID-Kontrollen bevormundet.

Als Familienvater erwarte ich, dass ich einen Match in einer gewaltfreien Umgebung

besuchen kann. Da habe ich auch kein Problem, meinen Ausweis zu zeigen oder mich durchsuchen zu lassen. Ich attestiere der Polizei gesunden Menschenverstand und ein geschultes Auge bezüglich des «konkreten» Verdachts. Umgekehrt frage ich mich, ob die gewaltbereiten «Fans» nicht schon längst dafür sorgen, dass das «Grundrecht», einen Match friedlich und ohne Angst besuchen zu können, verletzt wird. Die meisten organisierten Fans wissen sich zu benehmen. Damit sich «schwarze Schafe» nicht einnisten und auf Kosten der Allgemeinheit austoben können, braucht es die angepassten Massnahmen des Konkordates. Es kann nicht sein, dass einige wenige solch immense Schäden und Kosten verursachen. Die vorliegenden Änderungen stärken die Arbeit der Polizei und damit die Sicherheit. Die Massnahmen können nur greifen, wenn alle Kantone beim Konkordat mitmachen, sonst droht das Abwandern gewaltbereiter Gruppierungen in andere Kantone.

Es braucht also auch die Solidarität des Kantons Solothurn. Am SP-Parteitag vom 24. April fasste die Delegiertenversammlung grossmehrheitlich die Ja-Parole. Wer den Sport und seine friedfertigen Fans unterstützt, sagt JA zu dieser Vorlage.

Mathias Stricker
Kantonsrat aus Bettlach
mathias.stricker@bluewin.ch



Regional sympathisch

Am 18. Mai darf die Solothurner Stimmbevölkerung an der Urne über eine Verfassungsänderung abstimmen: «Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung». In der Kantonsverfassung (knapp 30 Seiten) stehen die Grundregeln zu Gesellschaftsordnung und Staatsaufgaben. Die Energiewende ist beschlossene Sache und wird von der grossen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen, auch deshalb ist diese Verfassungs-

änderung – «Kanton und Gemeinden fördern den sparsamen Energieverbrauch, die effiziente Energienutzung, die Nutzung von erneuerbaren Energien, sowie die dezentrale Energieversorgung» – wichtig und von grosser Bedeutung. Sie dient der Planungssicherheit für Wirtschaft und Staat und festigt das Bewusstsein für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt. Während der Finanzordnung in der Verfassung 8 Artikel gewidmet

sind, schafft es die Energie gerade mal auf einen Artikel – oder drei Zeilen. Dies allein ist noch kein Grund für die Ergänzung des Art. 117 «Energieversorgung», aber die Energiewende zeigt uns auf, dass ab und zu auch eine Verfassung ergänzungsbedürftig und erneuerbar ist – deshalb stimme ich am 18. Mai mit Überzeugung Ja zur sicheren und sympathisch regionalen Energieversorgung, und Du?

Niklaus Wepfer, Parteisekretär,
niklaus.wepfer@sp-so.ch
www.sichere-energieversorgung-ja.ch

MEIN
STAND
PUNKT





ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE FAMILIEN

Fortführung ist notwendig und wichtig

Der Kanton Solothurn hat am 17. Mai 2009 als erster Deutschschweizer und zweiter Kanton überhaupt einer Vorlage über die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien (FamEL) zugestimmt. Die Bestimmungen sind am 1. Januar 2010 in Kraft getreten und gelten bis 31. Dezember 2014.

Vier Jahre FamEL zeigen eine positive Gesamtbilanz. Gegenwärtig erhalten rund 1340 Kinder in 632 Familien eine bedarfs- und situationsgerechte Leistung, welche ihre Lebenslage verbessert. Im Jahr 2013 sind direkte Leistungen von rund 4,5 Mio. Franken ausgerichtet worden. 2014 wird mit Auslagen im Umfang von 5 Mio. Franken gerechnet. Das bei Einführung der Leistung gesetzte Hauptziel der Armutsbekämpfung in Familien, insbesondere in Working-Poor-Haushalten, wurde erreicht.

Die vorhandenen Daten aus dem Monitoring zeigen, dass das System insgesamt noch einer starken Dynamik unterworfen ist. So nehmen die Fallzahlen noch zu. Auch die Wirkung des Systems kann noch zusätzlich erhöht werden. Gleichzeitig zeigen die gemachten Erfahrungen, dass das gegenwärtige System auf der Kostenseite noch optimierbar ist. Dementsprechend beantragt der Regierungsrat dem Kantonsparlament, die Geltungsdauer der Bestimmungen über die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Nach Ablauf dieser Zeit soll dann ein definitiver Entscheid über die dauerhafte Einführung gefällt werden.

Ökonomische Situation von Familien gemäss Sozialbericht 2013

Der Sozialbericht 2013 zeigt, dass 32 Prozent der Haushaltungen im Kanton Solothurn Familienhaushalte sind. In diesen Haushalten leben schätzungsweise 13 800 Kinder im Alter von 0–5 Jahren. Der Anteil der Alleinerziehenden in diesen Familienhaushalten ist im Zeitraum von 2000 auf 2010 von 11 Prozent auf 18 Prozent gestiegen. Die Lebenssituation von

«Das gesetzte Hauptziel der Armutsbekämpfung in Familien, insbesondere in Working-Poor-Haushalten, wurde erreicht.»

Familien im Kanton Solothurn ist seit den Erhebungen zum Sozialbericht 2005 nachweislich belasteter und komplexer geworden. Dies zeigt sich auch an der zunehmenden Inanspruchnahme von Beratungsangeboten, aber auch an intensiven Familienbegleitungen sowie an Fremdplatzierungen gefährdeter Kinder und Jugendlicher. Die Einkommenslage von Familien hat sich zudem in den letzten Jahren ebenfalls verschlechtert. Betrug das mediane Äquivalenzeinkommen von Haushalten mit

Kindern unter 15 Jahren bei der Erhebung zum Sozialbericht 2005 noch 2857 Franken, beläuft es sich bei der aktuellen Erhebung auf 2222 Franken. Dabei wird deutlich, dass vor allem Einelternfamilien, in denen das jüngste Kind noch jünger als siebenjährig ist, relativ häufig mit geringen Einkommen leben müssen. Alleinerziehende beziehungsweise Einelternhaushalte sind denn auch überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Kinder gehören im Bereich der Sozialhilfe zu einer auffallend grossen Bezugsgruppe. Gerade Kinder im Alter bis sechs Jahre sind im Kanton Solothurn besonders häufig auf sozialhilferechtliche Unterstützung angewiesen. Damit zeigt der Sozialbericht 2013, dass Familien auf gesellschaftliche Unterstützung und Transferleistungen angewiesen sind, sollen sie für Kinder und damit die nächste Generation gute Startbedingungen schaffen.

Verbesserung der finanziellen Situation von Familien

Nach sechs Monaten Bezug von FamEL ist es den untersuchten Familien signifikant besser möglich, für die monatlichen Ausgaben aufzukommen. Es verzichten auch deutlich weniger Familien aus finanziellen Gründen auf notwendige zahnärztliche oder ärztliche Behandlungen.

Entlastung der Sozialhilfe

Die angestrebte Entlastung der Sozialhilfe und damit der Einwohnergemeinden, wird im Rah-

men der Annahmen erreicht. Während sich in den ersten beiden Jahren seit Einführung der FamEL (2010 und 2011) ein relativ hoher Anteil an Ablösungen von der Sozialhilfe zeigte (20 Prozent), ist für das Jahr 2012 eine Reduktion dieses Effektes um mehr als die Hälfte festzustellen. Dieser dynamische Effekt war zu erwarten. In einer ersten Phase erfolgten Übergänge von Familien aus der Sozialhilfe in die FamEL. Seit dem Start der FamEL können nun Familien direkt einen Leistungsanspruch dort geltend machen, ohne dass ein vorgängiger Bezug von Sozialhilfe nötig ist. Die beiden Systeme sind denn auch für unterschiedliche Bezugsgruppen konzipiert.

Wichtige Erwerbsanreize

Das Setzen von Erwerbsanreizen als zentrales Prinzip wirkt. Der Leistungsanspruch kann nur über eine Erwerbstätigkeit begründet werden. Darin unterscheidet sich das Solothurner System deutlich vom Tessiner Modell.

Praktisch keine Parallelbezüge

Die Parallelbezüge von Sozialhilfe und FamEL sind sehr gering. Von allen Neubeziehenden erhalten im Durchschnitt nur gerade 4% zeitgleich aus beiden Systemen Leistungen. Die Analyse zeigt dabei keinen Systemfehler. Es handelt sich vor allem um Fälle, in denen die Fremdbetreuungskosten von Kindern deutlich höher sind als die Vergütung durch die FamEL, weiter um Konstellationen, in denen Kindes-schutzmassnahmen oder besondere situationsbedingte Leistungen über die Sozialhilfe finanziert werden.

Erfolgsmodell von anderen Kantonen kopiert

Das Kantonsparlament wird voraussichtlich im Juni darüber entscheiden, ob dem Verlängerungsantrag der Regierung zugestimmt wird. Während der Volksentscheid im Jahr 2009 deutlich ausgefallen war, stimmte das Parlament vorgängig nur knapp zu. Auch dieses Mal zeichnen sich knappe Verhältnisse

in der parlamentarischen Beratung und Beschlussfassung ab. In der Romandie haben die Kantone Genf und Waadt das Solothurner Modell mehr oder weniger übernommen und ebenfalls sehr gute Erfahrungen gemacht. Beide Kantone richten die Leistungen jedoch bis zum 18. respektive 20. Altersjahr der Kinder aus. Eine solche Ausdehnung des Anspruches wäre inhaltlich zu begrüssen. Ebenso eine Anpassung der Anrechnung der Fremdbetreuungskosten. Leider lässt dies die aktuelle Finanzlage des Kantons mit zwei Sparpaketen hintereinander nicht zu. Umso wichtiger ist es, dass die bestehenden Leistungen beibehalten werden können.

Peter Gomm

Landammann,

Vorsteher des Departementes des Innern
peter.gomm@ddi.so.ch



SP BIBERIST «AKTUELL AUS BERN»

Hört die Signale – Waffenausfuhr gelockert

Bea Heim, Roberto Zanetti und Philipp Hadorn berichteten unlängst über die Themen während der Frühjahrs-session in Bern. Die SP lud ein, gekommen sind knapp 30 Interessierte und ein grosser Teil von ihnen blieb auch anschliessend noch im Rössli und suchte den persönlichen Kontakt mit den Parlamentariern.

Der Gerlafinger Ständerat Roberto Zanetti zeigte sich zunächst von seiner humorvollen Seite und führte vor, wie der 50 cm dicke Aktenberg als Vorbereitung zur Session abgearbeitet wird und wie man sich mit dem Handbuch der Bundesversammlung – einem Nachschlagewerk für Bundespolitiker – und anderen Hilfsmitteln im parlamentarischen Dschungel zurechtfindet.

Seriöse Migrationspolitik

Nationalrätin Bea Heim erläuterte, wie die Schockstarre nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative weite Kreise erfasst hat, während die Rechten ihren Abstimmungserfolg benutzen, um das Asylrecht ein weiteres Mal zu verschärfen. Bundesrätin Simonetta Sommarugas Situation ist dabei sehr delikate, da sie zwischen ähnlich grossen Lagern moderieren muss. Sie versuche aber durch eine seriöse «Migrationsaussenpolitik» mit verschiedenen Emigrationsländern Ver-

träge zu vereinbaren, die bewirken, dass die Emigrationswilligen durch Zukunftsperspektiven bewogen werden, in ihren Ländern zu bleiben.

Wo bleibt die Moral?

Ebenso kritisierte die Nationalrätin die neue Handhabung der Waffenexporte, die der Rat hätte verhindern müssen. Durch den Stichtentscheid des CVP-Ratspräsidenten werden die Regeln für Rüstungsexporte gelockert. Auch Roberto Zanetti ereiferte sich über diesen Entscheid, da künftig Waffenausfuhren eigentlich überallhin getätigt werden können. Nur in Länder, wo schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen nachweislich stattfänden, dürfe nicht exportiert werden, das heisst, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen alleine können die Waffenausfuhr nicht stoppen, systematische Menschenrechtsverletzungen sind so gravierend,



dass dies kaum einem Land nachgewiesen werden kann.

Anständig leben

Nationalrat Philipp Hadorn ging auf die Mindestlohninitiative ein, die von den Gewerkschaften und der SP getragen wird. Verfassungsinitiativen können nur grob und allgemein verständlich formuliert werden, aber klar ist, dass der gleiche Mindestlohn in abgelegenen Gebieten einem Individuum ein einigermaßen würdiges Leben ermöglicht, wohingegen in urbanen Zentren der angestrebte Mindestlohn ungenügend sein dürfte. Da

braucht es nach geschlagener erster «Abstimmungsschlacht» ein hohes Engagement seitens unserer kantonalen Sektionen.

Alle SP-ParlamentarierInnen animierten dazu, vermehrt mit ihnen in Kontakt zu treten. Das sei erwünscht, damit die SP-Vertreter in Bern die Sorgen zu hören bekommen, aber auch Anregungen zu verschiedenen Themen erhalten.

roberto.zanetti@parl.ch
bea.heim@parl.ch
philipp.hadorn@parl.ch

Stephan Hug, Vizepräsident SP Biberist

AUS DEM KANTONSRAT

Prüfung eines Online-Polizeipostens

Ein von mir eingereichter Auftrag verlangt die Prüfung einer Einführung eines Online-Polizeipostens. Die Regierung hat den Wortlaut mit dem Zusatz, die Erfahrungen der Vorreiterkantone auszuwerten, abgeändert. So ist es möglich, die Kosten-Nutzen-Frage sorgfältig zu klären. Das Anliegen, die Polizei von administrativen Arbeiten zu entlasten, zielt darauf hin, dass die Polizei mehr Zeit für die Bewältigung ihrer Kernaufgaben erhält. Somit würde in erster Linie die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit gestärkt. In den sechs Vorreiterkantonen gilt das Angebot vorerst für die mit Abstand häufigsten Delikte: Velo- und Mofadiebstähle oder Sachbeschädigungen. Mit einem virtuellen Polizeischalter wird die Bürgerfreundlichkeit erhöht, weil diese Möglichkeit während 24 Stunden genutzt werden kann. Eine Verbesserung des Service public ist ein zentrales Anliegen der SP.

Der Kantonsrat hat in der März-Session dem Anliegen ohne Gegenstimme zugestimmt. Eine Einführung kommt frühestens ab dem Jahr 2015 in Frage.

Mathias Stricker, Kantonsrat

Die Folgen des Massnahmenplans

In den letzten zwei Jahren wurde die politische Arbeit des Kantonsrats durch ein Thema beherrscht: Sparen. Obwohl sich die Verschlechterung der finanziellen Lage abzeichnete, hatten die bürgerlichen Parteien die Steuern gesenkt. Dafür forderten sie umso lauter, dass bei den Ausgaben gespart werden soll.

Massnahmenpakete als Lösung

Bei der Beratung des ersten Massnahmenpakets im November 2012 konnte die SP-Fraktion den Leistungsabbau vor allem in der Bildung verhindern. Von den geplanten Einsparungen von 100 Mio. Franken blieben nur 30 Mio. übrig. Also wurde sofort ein zweiter

Massnahmenplan angekündigt.

Die neue Regierung präsentierte im Oktober 2013 eine Zusammenstellung von Massnahmen, die zu einer Verbesserung der Rechnung um 150 Mio. führen sollen. Nach der Beratung mit betroffenen Verbänden und den Parteien am runden Tisch verabschiedete der Regierungsrat ein Sparpaket mit 89 Massnahmen. Die Massnahmen, die in der Kompetenz des Kantonsrats lagen, wurden in den Kommissionen vorberaten. Die anderen hat der Regierungsrat in eigener Kompetenz umgesetzt. Insgesamt soll der Staatshaushalt zu 75 Prozent über Einsparungen und Leistungsabbau saniert werden. Unausgewogen ist auch die Verteilung bei der Belastung der Departemente. Die meisten Einsparungen sollen im Departement des Innern (DDI) und der Bildung (DBK) vorgenommen werden.

Staatstragend oder Handeln entlang der parteipolitischen Grundsätze

Dank der vollen Unterstützung der CVP-Fraktion wurden sämtliche Massnahmen angenommen. Die sogenannte Familienpartei unterstützte die Leistungskürzungen zu Lasten des Mittelstandes und der Familien.

Leider konnte die SP-Fraktion die unverantwortliche Kürzung der Prämienverbilligung, genau so wie die 150-Prozent-Erhöhung der Personalsteuer, die Kürzung bei den Gesundheitskosten, dem öffentlichen Verkehr, bei den erneuerbaren Energien und im Bildungsbereich, nicht verhindern.

Die Reduktion von Unterrichtslektionen durch den Regierungsrat wird nicht nur Folgen für die Kinder haben. Dies umso mehr, weil die Anzahl Lektionen im Kanton Solothurn bereits zu den tiefsten in der Schweiz gehört. Diese

Reduktion wird auch einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge haben.

Die Krankenkassen-Prämienverbilligungsbeiträge sollen pro Jahr um 7 Millionen Franken gekürzt werden. Damit werden Familien die volle Prämienlast tragen müssen, die bereits ein enges Haushaltsbudget haben und in der Vergangenheit kaum von Steuersenkungen profitiert haben. Dies ist inakzeptabel und wird weitere Familien in die Sozialhilfe treiben.

Die unvernünftige Steuersenkung wurde im Rahmen des Massnahmenpaketes wieder rückgängig gemacht. Dies war für die SP-Fraktion ganz wichtig. Alle sollen gemäss ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten die Aufgaben des Kantons mitfinanzieren. Ob es dabei bleibt, wird sich im Rahmen der Budgetverhandlung im Dezember zeigen.

Weiteres Vorgehen

Der Regierungsrat wird nun die konkreten Vorlagen ausarbeiten, dem Kantonsrat unterbreiten und dieser entscheidet dann unter Vorbehalt möglicher Referenden, über deren Umsetzung. Dieser Prozess wird uns nochmals die Gelegenheit bieten, diejenigen Massnahmen, die mit den Werten der SP nicht vereinbar sind, zu bekämpfen – nötigenfalls per Referendum. Die SP-Fraktion wird sich weiterhin treu bleiben und konsequent dafür einstehen, dass alle Menschen im Kanton Solothurn eine Chance haben.



Franziska Roth und Hardy Jäggi. Ein ausführlicher Bericht zum Parteitag folgt in der nächsten Ausgabe.



Fränzi Burkhalter-Rohner
Fraktionspräsidentin
fraenzi.burkhalter
@bluewin.ch

IMPRESSUM

SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1, Postfach 1555
4502 Solothurn,
Telefon 032 622 07 77
E-Mail info@sp-so.ch
Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch